

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, der Ältestenrat habe sich in seiner Sitzung vom 29.10. darauf verständigt, im Rahmen der Beratung des Nachtragshaushalts 2010 unter Punkt 1 auch die Punkte 5, 6, 7, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21 und 22 zur Beratung aufzurufen, da sie im Falle einer Beschlussfassung Auswirkung auf die Nachtragshaushaltssatzung hätten.

Im Übrigen folgender Hinweis zum Beratungsverlauf:

Zunächst werde er in seiner Eigenschaft als Kämmerer einige einleitende Bemerkungen zum Nachtragshaushalt machen.

Sodann habe man sich darauf verständigt, dass für jeden Vertreter der Ratsfraktionen eine Redezeit von 15 Minuten zur Verfügung stehen würde. Es folgten sodann die Beratungen und Abstimmungen zu den gerade aufgerufenen gesonderten Tagesordnungspunkten, die mit dem Nachtragshaushalt in Verbindung stünden 5, 6, 7, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21 und 22. Sofern Änderungsanträge zur Nachtragshaushaltssatzung gestellt würden, folge dann deren Abstimmung.

Zum Ende werde über die gesamte Nachtragshaushaltssatzung inklusive der dazugehörigen Anlagen sowie eventuell zuvor beschlossener Änderungen abgestimmt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig:

„1. Ergebnishaushalt (konsumtiver Haushalt)

Der vorliegende Nachtragshaushalt hat eine erfreuliche Tendenz. Wir können feststellen, dass das geplante Defizit von 72,7 Millionen Euro nunmehr auf 58,6 Millionen Euro reduziert werden kann, das bedeutet eine Verbesserung um 14,1 Millionen Euro. Die wesentlichen Eckpunkte für diese erhebliche Haushaltsverbesserung sind vor allem in einer erfreulichen Entwicklung der Gewerbesteuer zu erkennen. Hier hatten wir geplant, 60,9 Millionen Euro einzunehmen, was wir nunmehr konservativ geschätzt um 14,1 Millionen Euro auf 75 Millionen Euro erhöhen können.

Aber meine sehr geehrten Damen und Herrn, diese Prognose auf das Jahr 2010 bedeutet lediglich, das Licht im Tunnel zu erkennen ist. Keineswegs bedeutet es, dass wir den Tunnel oder die Talsohle durchschritten hätten.

Ich darf in Erinnerung rufen, dass wir etwa im Jahre 2006 schon einmal bei Gewerbesteuereinnahmen von 127 Millionen Euro waren.

Auf der anderen Seite hatten wir im Jahre 2009 63 Millionen Euro und das zeigt, dass wir mit den nunmehr prognostizierten 75 Millionen Euro den Tiefpunkt überschritten haben, aber längst noch nicht im Bereich dessen angelangt sind, was in unserer Stadt normal ist oder gar was wir im Höhepunkt erreicht hatten.

Wir können in diesem Zusammenhang gleichzeitig auf die relativ positive Entwicklung der Steuereinnahmen insgesamt verweisen, darunter auch des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer, der sich hier im Lauf des Nachtragshaushalts um 3,4 Millionen Euro auf nunmehr 32,7 Millionen Euro erhöht.

Wir können feststellen, dass wir im Hinblick auf die Situation am Arbeitsmarkt in Koblenz deutlich besser aufgestellt sind, als wir es noch im vorigen Jahr im Hinblick auf die Wirtschafts- und Finanzkrise befürchten mussten. Und das ist eine erfreuliche Bestätigung der relativ ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur, die getragen ist von einem starken Mittelstand in unserer Stadt.

Aber auch erkennbar ist, der Trend der kontinuierlich wachsenden Sozial- und Jugendhilfeaufwendung setzt sich auch in diesem Nachtragshaushalt fort.

Der bisherige Zuschussbedarf von 70,6 Millionen Euro muss um 1,9 Millionen Euro erhöht werden. Und wenn man die nunmehr prognostizierten 72,5 Millionen wiederum mit früheren Jahren vergleicht (2007 im Sozialbereich mit 58,3 Millionen und leichten Anstiegen in den vorigen Jahren), dann sehen wir, dass wir es in diesen Bereichen in den letzten Jahren mit einem astronomischen Anstieg der Kostenentwicklung zu tun haben. Für diese besonderer Dynamik auf diesem Sektor ist maßgeblich die Entwicklung der Kosten der Unterkunft nach dem SGBD 2, die Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Kosten zum Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-jährige und die Hilfen zur Erziehung in der Jugendhilfe.

Aus diesem Grunde bleibt nach wie vor auch aus der Sicht der Stadt Koblenz aktuell, auch die sozialpolitischen Standards zu überprüfen, weil auf die Dauer diese Entwicklung der Ausgaben auf diesem Sektor nicht verkraftbar ist.

Und es bleibt auch aktuell den Hinweis zu geben, den die kommunalen Spitzenverbände mehrfach gegeben haben, dass die gegenwärtige Sozillastenverteilung bzw. die Finanzausstattung der Kommunen im Verhältnis zu Bund, Land und Kommune einer Neuerung bedarf. Man kann in der Tat sagen, dass wir - egal wie kreativ wir sind, in den nächsten Jahren durch Einsparungen zur Konsolidierung unseres Haushaltes beizutragen - dieser Dynamik werden wir mit eigenen Mitteln nicht vollständig entgegenreten können. Wir werden uns nicht mit eigenen Sparbemühungen aus dem Defizit im Haushalt heraus bewegen können, sondern lediglich den negativ Trend abfedern können.

2. Investitionshaushalt

Zum Investitionshaushalt ist zu sagen, dass das Ausgabevolumen sich hier reduziert, was aber defakto nichts mit Einsparung zu tun hat, sondern mit Verschiebungen auf das nächste Jahr. Ebenso wie diese Investitionen sich zum Teil verschieben auf das nächste Jahr, reduziert sich das Einzahlungsvolumen aus der Investitionstätigkeit, insbesondere auch im Hinblick auf die Zuwendung Dritter, die auf unsere Investitionen angekündigt sind. Saldiert verschlechtert sich das Ergebnis des Finanzierungsvolumens in diesem Bereich um 4,9 Millionen Euro, was aufgefangen werden muss über höhere Kredite von bisher 48,6 Millionen auf nunmehr 53,5 Millionen.

Hauptgrund dieser Veränderungen sind die finanztechnischen Abwicklungen beim BUGA-Projekt, bei denen wir in Vorleistung treten müssen in bemerkenswerter Größenordnung und die Zuwendung Dritter - insbesondere des Landes - dann eben zu einem späteren Zeitpunkt zu erwarten stehen.

Der zweite Punkt hierbei ist die Umgestaltung des Zentralplatzes einschließlich Ausbau der im Umfeld gelegenen Straßen. Das ehemalige Hertiegebäude ist abgerissen und die Größe der Baustelle ist nunmehr unübersehbar. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne den beteiligten Firmen ein Kompliment machen für die Arbeiten, die dort in den letzten Wochen verrichtet worden sind.

Die Geschwindigkeit, die Koordinierung, die relative Sauberkeit und die Fähigkeit, gleichzeitig etwas abzureißen und an anderer Stelle parallel schon Fundamentierungsarbeiten zu verrichten, ist eine Quelle der Freude und ich glaube, ich kann es für das ganze Haus sagen, auch für jene, für die das Thema keine Quelle der Freude ist, so ist doch der Respekt vor der Professionalität der Firmen, die da zugegen sind, allgemein auszusprechen.

Der Mittelbedarf an Auszahlung für 2010 ist im städtischen Haushalt nur geringfügig verändert und auf insgesamt 7,8 Millionen Euro abgesichert. Allerdings, zusammen mit den notwendigen überwiegend schon im laufenden Haushalt ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen, stellt dieses Projekt die mit Abstand größte finanzielle Herausforderung der nächsten Jahre dar. Und weil das so ist, können Sie sicher sein, dass für den Kämmerer dieses Projekt „Abwicklung des Zentralplatzes“ im Augenblick neben und nach der BUGA das entscheidende Projekt der täglichen, zumindest wöchentlichen Aufmerksamkeit sein wird. Und Sie können sicher sein, dass die Frage, wie entwickeln wir ein vernünftiges Controlling, um sowohl die Bauzeiteneinhaltung sowie die Kosteneinhaltung zu gewährleisten, für mich eine entscheidende Frage ist, die auch beim allerletzten Tagesordnungspunkt der nicht öffentlichen Sitzung mit einem Personalvorschlag seinen Niederschlag findet. In diesem Zusammenhang kann ich eine erfreuliche Mitteilung machen: das Land steht zu seinen Förderzusagen. Mit Schreiben vom 29.10. diesen Jahres hat der Staatssekretär Roger Lewentz bestätigt, dass ergänzend zur Sanierungsförderung alleine für die Nutzungsbausteine „Mittelrheinmuseum“ und „Mediathek“ 6,6 Millionen Euro aus dem Investitionsstock fließen können. Wir sind dankbar dafür, dass wir uns auch in dieser Frage auf die Landesregierung und auf das Innenministerium verlassen können.

Ein Thema, das uns noch lange beschäftigen wird, ist die Sanierung der Koblenzer Brückenbauwerke. Begonnen wurde mit der Europabrücke. Hierfür stehen unverändert 3,2 Millionen Euro bereit. Weitere millionenschwere Projekte sind der Ausbau der Löhrrstraße mit einem Auszahlungsvolumen von rund 4,3 Millionen Euro oder etwa die Hochwasserschutzmaßnahmen auf der linken Moselseite mit rund 1,6 Millionen Euro alleine in diesem Jahr. Für die Umsetzung von Projekten des Konjunkturpakts II - insbesondere der Schulbauprojekte - stehen im Jahre 2010 insgesamt 9,7 Millionen Euro bereit.

Unverändert ist das kassenwirksame Zahlenwerk für Koblenzer Vorhaben, die über das UNESCO-Programm „Welterbestätten“ gefördert werden. Hier stehen für 2010 rund 3,3 Millionen Euro Auszahlungsmittel bereit.

Abschließend sollen über den Nachtrag 2010 Projekte finanziell abgesichert werden, bei welchen sich unabwiesbare Kostenerhöhungen ergeben haben und noch zusätzliche kassenwirksame Mittel in 2010 benötigt werden. Zu nennen ist beispielhaft bei den Projektierungen des Tiefbauamtes die Umgestaltung der Neustadt mit einem zusätzlichen Mittelbedarf in Höhe von 300.000 Euro oder etwa der Ausbau der Niederberger Höhe mit einem neuen Gesamtausgabenvolumen von 2 Millionen Euro. Diese Projekte stehen wegen der Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen als Tagesordnungspunkte 21 und 22 noch vor der eigentlichen Beschlussvorlage zur Nachtragshaushaltssatzung 2010 zur Entscheidung im Rat an.

3. Verpflichtungsermächtigungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend ein paar Sätze zum Thema „Verpflichtungsermächtigung“ sagen.

Nach den Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss, habe ich mich mit einem Schreiben vom 27.10.10 an die Damen und Herren Mitglieder des Stadtrates gewandt, um zu diesem Komplex den Stadtrat noch einmal umfassend zu informieren. Ich zitiere daraus nur einige wenige Kernsätze:

„Als Hemmnis für eine Verabschiedung des Nachtragsetats wurde die Höhe der eingeplanten Verpflichtungsermächtigungen von 114 Millionen Euro angesprochen.

Wir haben im Einzelnen dargelegt, das von dieser in der Tat bemerkenswert hohen Verpflichtungsermächtigungsgrundlage exakt 88,7 Millionen Euro zu dem Komplex „Zentralplatz“ gehören.

Die restlichen Verpflichtungsermächtigungen enthalten die Absicherung für viele wichtige Projekte, die ich nur stichwortartig benenne: Neubau Halle Gymnasium Asterstein, Entwicklungsmaßnahmen Bubenheim, Sanierung Europabrücke, Kunstrasenplatz, Sportplatz Karthause, Baugebiet „südliches Güls“, Bahnhaltepunkt / Schienenhaltepunkt Mitte, Gehwegausbau Rübenacher Straße, Ausbau Löhrstraße, Generalsanierung Feuerwache, Ausbau Brückerbach, Generalsanierung Kita Sankt Hedwig, Ausbau Carl – Spaeter - Straße, Neubau Kita Musikerviertel, Ausbau Löhrstraße, Altlöhr Tor und Pfulgasse, Verbindung Kurt-Schumacher-Brücke / Beatusstraße, Stadtteil Karthause Programm „soziale Stadt“, Grundsanierung Kita Lehrhol, Sanierung Altstadt, Anbau Kita Fachhochschule, Erweiterung Kita „Unter dem Regenbogen“.

Bei einer Vielzahl dieser Projekte handelt es sich um solche, die wegen des späten Inkrafttretens des Haushalts im laufenden Jahr nicht mehr begonnen, aber nicht fertig gestellt werden konnten oder die bereits vor Inkrafttreten des Haushalts 2010 begonnen werden müssen.

Eine Ablehnung des Nachtragshaushalts hätte für die genannten Projekte erhebliche Konsequenzen. Es hätte die Konsequenz, dass wir zurückfallen auf den ursprünglichen Haushalt und das wiederum würde dazu führen, dass die genannten Projekte nicht begonnen oder abgeschlossen werden können vor Inkrafttreten des ordentlichen Haushalts 2011, über dessen Zeitpunkt ich zum jetzigen Zeitpunkt wiederum keine Prognosen abgeben möchte.“ Aber Sie alle haben ja hinlänglich Erfahrung auf dem Sektor und wir werden das auch nicht von einem zum anderen Jahr völlig umgedreht kriegen.

In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, glaube ich, dass die Verwaltung Ihnen einen in sich schlüssigen Nachtragshaushaltsentwurf vorgelegt hat, den wir in den Ausschüssen sorgsam beraten und heute nun der generellen Beratung und Beschlussfassung zuführen wollen.

Ich darf mich sehr herzlich bedanken für die Aufmerksamkeit und Sie nun mehr um Wortmeldungen bitten.“

Es folgen an dieser Stelle die Reden der Vertreter der Ratsfraktionen in der Reihenfolge der Sitzverteilung im Rat:

Rm Keul-Göbel (CDU-Fraktion):

„Sehr geehrte Damen und Herren,

heute sprechen wir über den Nachtragshaushalt – und ich fange mit dem Positiven an: gegenüber dem Ansatz zu Beginn dieses Jahres werden wir weniger Schulden machen.

Das haben wir denjenigen zu verdanken, die sich entschlossen haben, ihre Firma in Koblenz anzusiedeln, die ihr privates Kapital riskieren, um in Koblenz Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten und die - vor allem - hier Gewerbesteuer zahlen; aber auch denjenigen, die regelmäßig früh aufstehen, den oft langen und nervenaufreibenden Weg zur Arbeit auf sich nehmen und den wesentlichen Teil des Tages arbeiten, also den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im öffentlichen Dienst sowie den Beamtinnen und Beamten, den Eltern, die sich sozusagen ehrenamtlich vor und nach der Arbeit oder ganztags um die Kinder

oder um Pflegebedürftige kümmern. Der Staat, nach dem immer wieder gerufen wird, das sind wir alle – und das funktioniert nur, wenn sich alle oder zumindest fast alle einbringen. Und Grundlage einer guten Sozialpolitik ist eine funktionierende Wirtschaft.

Das soll hier nicht unter den Tisch fallen, dass wir das „gute“ Ergebnis im städtischen Haushalt auch der hervorragenden Politik der CDU/FDP-Regierung in Berlin verdanken. Wirtschaftswachstum und geringe Arbeitslosigkeit wirken sich auch hier in Koblenz deutlich positiv aus. Die Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitslose sind zurückgegangen, was in Koblenz allein in diesem Jahr zu Einsparungen in Höhe von 1,7 Mio € führt. Die Wirtschaft boomt, was Koblenz Gewerbesteuermehreinnahmen in Höhe von mindestens 14 Mio € bringt.

Wir müssen gar nicht nach Amerika schauen, wo Präsident Obama aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage und der hohen Arbeitslosigkeit eine empfindliche Schlappe hinnehmen musste; auch die umliegenden europäischen Staaten wären über eine Wirtschaftsprognose wie in Deutschland für dieses und das nächste Jahr dankbar. Deutschland ist unter der christlich-liberalen Bundesregierung zu einem Motor in Europa geworden. Das wirkt sich, wie eben aufgezeigt, auch in Koblenz positiv aus.

Hinzu kommen die verschiedenen Konjunkturpakete, die überall Wirkung zeigen – auch Koblenz profitiert hiervon.

Nun mahnt die ADD seit Jahren von uns, von Rat und Verwaltung, eine solide Haushaltspolitik an. Doch die positive Entwicklung für den Haushalt resultiert vor allem aus den erhöhten Gewerbesteuereinnahmen und den geringen Ausgaben im sozialen Bereich der Unterstützung der Arbeitslosen.

Auf Einsparvorschläge der Verwaltung - namentlich in Person des OB und Kämmers - in erwähnenswertem Ausmaß warten wir vergeblich. Vielmehr wird uns ein Nachtragshaushaltsplan unterbreitet, der gravierende Auswirkungen auf die kommenden Jahre hat, und zwar in Form von VE's, also Verpflichtungsermächtigungen. Diese VE's haben es in sich, denn sie binden den Stadtrat für das kommende Jahr und die Jahre danach – in der sagenhaften Höhe von 114 Mio € Hinzu kommt, dass bei zahlreichen Vorhaben noch Übertragungen für bereits begonnene Maßnahmen vorgenommen werden. Diese werden erst in 2011 fertig gestellt, was den Handlungsspielraum für den Haushalt 2011 noch weiter einschränkt.

Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen haben nicht nur wir im Haupt- und Finanzausschuss kritisch angemerkt. Daraufhin erhielten wir das Schreiben von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, mit der Übersicht über die „alten“, bereits im Haushalt 2010 beschlossenen sowie „neuen“, den von der Verwaltung vorgeschlagenen Verpflichtungsermächtigungen für den Nachtrag. Für diese verständliche und nachvollziehbare Übersicht danken wir Ihnen und der Verwaltung.

Eindeutig ist, dass der wesentliche Teil der Verpflichtungsermächtigungen auf den Kulturbau entfällt. Hier sind wir vertraglich verpflichtet. Darüber hinaus sind die Gelder vorgesehen für Sport, Kindertagesstätten, Schulen, Straßenbau und Brücken, Entwicklungsmaßnahmen usw. – Maßnahmen, auf die zum Teil seit Jahren hingearbeitet wird und die dringend erforderlich sind, wie Sie eben selbst ausgeführt haben.

Z.B. das Baugebiet „Südliches Güls“ – hier warten die Bauwilligen seit langem und wollen endlich die Bagger bestellen; zum Glück ist die Stadt hier Eigentümerin vieler Grundstücke. Wenn wir unseren Haushalt verbessern wollen – und das ist eine Anregung für den Haushalt 2011 - sollten wir zügig auch den Teil des Baugebiets erschließen, in dem die städtischen Grundstücke liegen, und nicht erst 2014 damit beginnen.

Absolut wichtig ist auch die Sanierung der Europabrücke – hier sind sich Rat und Verwaltung einig.

Wie kann die Politik bei dieser Verschuldungslage reagieren? Wie können wir uns einen Spielraum für die tatsächlichen Haushaltsberatungen schaffen? Wie können wir Geld einsparen? Geld, das uns aktuell nicht zur Verfügung steht, dass wir am Kapitalmarkt aufnehmen und das wir, unsere Kinder und Kindeskiner zurückzahlen müssen! Jetzt sind die Zinsen niedrig, aber sicher nicht auf Dauer. Auch das kommt erschwerend hinzu.

Dass wir auf die Beantwortung unserer Anfrage zum Haushalt vom 09.09.2010 bis letzte Woche warten mussten, hat unsere Diskussion zum Nachtrag nicht erleichtert, sondern erheblich erschwert. Ihre Zusage, Herr Oberbürgermeister, schnellstmöglich zu antworten, haben Sie nicht eingehalten. Leider wurden die Fragen zum Teil auch nicht so beantwortet, dass uns die Antworten weitergeholfen hätten. Eine gute Zusammenarbeit sieht für uns anders aus!

Es ist eine Premiere, dass ein Oberbürgermeister sich selbst 30.000 € an Ausgaben genehmigt, die er erst im Rahmen des Nachtrages dem Rat zur Zustimmung vorlegt. Nicht nur ihre Eilentscheidungen setzen hier neue Maßstäbe, auch dieser Umgang mit dem Stadtrat kann von uns nicht gut geheißen werden! Auf kommunaler Ebene sollte der Umgang zwischen Verwaltungsspitze und Rat anders aussehen als zwischen Landesregierung und Landtag!

Wie können wir verantwortlich und zukunftsorientiert, heute heißt es so schön nachhaltig handeln? Wie können wir weniger Geld ausgeben?

Unsere Antwort hierauf lautet: Indem wir der Verwaltung weniger Geld zur Verfügung stellen.

Wir beantragen, wie bereits im HuFA vorgeschlagen: alle für die kommenden Haushalte von der Verwaltung vorgegebenen Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Stadt nicht durch Verträge mit Dritten gebunden ist, werden pauschal um 10 % gekürzt. Nach unserer Berechnung reduzieren sich die Verpflichtungsermächtigungen dadurch um 4,6 Mio. € das ist unser Einsparvorschlag. (114 Mio. € abz. 68 Mio. € Kulturbau = 46 Mio. € davon 10 %). Wir bitten um entsprechende Abstimmung, Herr Oberbürgermeister.

Wir sind sicher, dass diese Maßnahme zum Sparen zwingt.

Uns ärgert es, dass jedes große Bauvorhaben wie z.B. der Schienenhaltepunkt teurer wird, als geplant und beschlossen. Wir haben den Eindruck, dass über Einsparmöglichkeiten vor Beginn der Maßnahmen zu wenig nachgedacht wird.

Manche Maßnahmen – vor allem diejenigen, die von den Ratsmitgliedern vorgeschlagen werden, werden hingegen zu teuer geplant, damit sie nicht umgesetzt werden.

Uns ist klar, dass wir im Haushalt 2011 bei den Beratungen im nächsten Jahr unter Umständen Korrekturen vornehmen werden – aber darauf weise ich für die CDU-Fraktion ausdrücklich hin: Korrekturen werden wir nur dort vornehmen, wo sie uns nachvollziehbar begründet werden!

Wir gehen davon aus, dass wir in Koblenz zurzeit aufgrund der Bauvorhaben für die BUGA und im Rahmen der Konjunkturpakete ein hohes Preisniveau erreicht haben. Dies wird sich im nächsten Jahr etwas relativieren. Deshalb gehen wir davon aus, dass sich die Einsparvorgabe realisieren lässt.

Und sollte trotz der Einsparvorgaben ein Bauvorhaben teurer werden, bleibt der Verwaltung immer noch die Möglichkeit, wie heute zu Punkt 15, Mehrausgaben einer Verpflichtungsermächtigung mit Minderausgaben einer anderen Verpflichtungsermächtigung durch den Rat beschließen zu lassen. Daher meine Bitte an die Verwaltung und an den Kämmerer: keine Weltuntergangsstimmung zu unserem Antrag, keine negativen Aussagen, sondern: ja, wir versuchen es. Wir versuchen, 10 % einzusparen und freuen uns, wenn wir dies erreichen! Dem Haushalt können wir nur zustimmen, wenn unser Antrag eine Mehrheit findet. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass Anträge, über die der Rat abstimmen soll, ihm schriftlich vorzulegen sind.

Rm Pilger (SPD-Fraktion):

„Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte bezüglich des Nachtragshaushaltes mit einem Zitat der Ratskollegin Anne Schumann-Dreyer beginnen, mit der ich seit vielen Jahren verbunden bin, die bei einer Veranstaltung in diesem Jahr zum Haushalt unserer Stadt sagte: “Wir stehen am Abgrund, aber die anderen sind schon einen Schritt weiter.“

Dieser sicher nicht ganz ernst gemeinte Satz zur noch stärkeren Verschuldung der anderen rheinland-pfälzischen Städte kann uns natürlich nicht wirklich trösten.

Wir in Koblenz sind aufgefordert, zukunftsweisend den Haushalt so zu gestalten, dass auch kommenden Generationen noch Investitionen möglich sind und nicht sämtliche Einnahmen in die Tilgung der Schulden fließen müssen. An dieser Stelle, über das ein oder andere Großprojekt - es wurde in der Vorrede angesprochen, für das sich in der Vergangenheit entschieden wurde - zu diskutieren, führt nicht weiter. Zumal die Bauarbeiten soweit fortgeschritten sind, dass ein Rückbau teurer wäre als eine Realisierung.

Auch sollten wir uns nicht davon täuschen lassen, dass durch Steuermehreinnahmen und durch verschiedene Konsolidierungsmaßnahmen für den gegenwärtigen Haushalt ein positiveres Ergebnis erzielt wurde, als befürchtet.

Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir uns über dieses überraschende Ergebnis natürlich freuen.

Wie schnell es jedoch in eine ganz andere Richtung gehen kann, hat uns die jüngere Vergangenheit aufgezeigt. Ohne die Unterstützung der Landesregierung bei den unterschiedlichsten Projekten, wäre unsere Haushaltslage bei weitem noch negativer.

Als jüngstes Beispiel sei an dieser Stelle die Einlösung des Versprechens den Bau einer neuen Sporthalle auf dem Asterstein, die den Wegfall der Sporthalle auf dem ehemaligen Unigelände kompensieren soll, mit 4,3 Millionen Euro zu unterstützen, zu nennen.

Die Sanierung der Festung Ehrenbreitstein, der Hochwasserschutz in den verschiedenen Stadtteilen und etliche andere Maßnahmen wären ohne das Engagement der Landesregierung nie zu verwirklichen gewesen. Für diese Unterstützung möchte ich mich bei den Verantwortlichen an dieser Stelle einmal ausdrücklich bedanken.

Kommen wir nun zu den Möglichkeiten einer, wie Kollegin Keul-Göbel gesagt hat, „zukunftsweisenden Haushaltskonsolidierung“ und da bin ich ganz sicher anderer Meinung als Sie.

Beim Betrachten des Gesamthaushaltes fallen mir nur 2 Möglichkeiten ein, nachhaltig - nicht kurzfristig - die Finanzlage zu verbessern:

1. bei den Sozialausgaben
2. bei den Personalkosten.

Bei den Personalausgaben sehe ich nur geringe Einsparpotentiale. Wurden doch die Aufgaben der Verwaltung in den vergangenen Jahren stetig erhöht.

Natürlich, und das muss auch Ziel sein, können verschiedene Abläufe wahrscheinlich noch schneller, effizienter und bürgerfreundlicher gestaltet werden, Vernetzungen besser greifen und Synergieeffekte erzielt werden. Aber das große Sparpotential sehe ich bei diesem Posten nicht.

Bleiben also die Sozialausgaben. An dieser Stelle möchte ich auf den Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Stadt Koblenz hinweisen, der mit vom Ratskollegen und Mitglied des Landestages Heribert Heinrich initiiert wurde und durch den ich mich bei meinen folgenden Bemerkungen voll und ganz bestätigt fühle. Für diese hervorragende Dokumentation ein herzliches Dankeschön an die Damen und Herren der Verwaltung.

Man könnte auch auf die Idee kommen, bei so genannten „freiwilligen Leistungen“ Kürzungen vorzunehmen, da diese, wie es der Name ja sagt, „freiwillig“ seien. Meines Erachtens weit gefehlt. Es handelt sich hierbei vielfach um Leistungen, die durch freie Träger erbracht werden, die ansonsten die Stadt selbst vorhalten müsste. Dies geht auch aus dem Schreiben der Bezirksregierung aus dem Jahr 1995 hervor, das noch heute seine Gültigkeit hat.

Viele freie Träger stehen vor einer enormen finanziellen Belastung und können ihre Leistungen kaum noch erbringen. Teilweise erhalten diese Organisationen über Jahrzehnte hin die gleiche Bezuschussung, was bei insgesamt steigenden Kosten natürlich nicht aufgehen kann.

Wir werden in der ersten Ratssitzung des neuen Jahres den Antrag stellen, dass der Vorschlag eines runden Tisches aller freien Träger, damals initiiert von Dr. Küss, Direktor des Caritasverbandes, mittlerweile in der Diözese Passau tätig, nun umgesetzt wird. Hier sollen die einzelnen Leistungen überprüft, koordiniert und ihre zeitgemäße Ausrichtung nachgewiesen werden.

Falls hierfür sich sonst niemand verantwortlich zeigen wird, werden wir die Frau Bürgermeisterin, die zuständige Dezernentin bitten, diesen Part zu übernehmen.

Wir geben im sozialen Bereich jährlich den größten Anteil unseres Haushaltes aus mit einem nicht überwältigen Erfolg. Mittlerweile ist in unserer Stadt jedes vierte Kind von Transferleistungen abhängig und die Zahl ist weiter steigend. Soziologen warnen vor dem Jahr 2020, vor einem sozialpolitischen Supergau, weil die Kommunen ihren Leistungen nicht mehr nachkommen können, die Sozialausgaben zu tragen. Es werden in den Großstädten - wir haben es in Frankreich vorgelebt bekommen - soziale Unruhen vorausgesagt.

Im Bezug auf die Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter sind wir in unserer Stadt durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Landes gut aufgestellt. Jedoch muss auch hier der Bildungsaspekt in den Kindertageseinrichtungen unbedingt verbessert werden. Die Zeit der Kuschelecken- und Sandkastenpädagogik ist vorbei.

Eine Herdprämie, wie von der Bundesregierung angedacht, führt die betroffenen Kinder genau in die falsche Richtung und sollte stattdessen in Bildung investiert werden. Andere Länder machen es uns vor.

Die kindliche Bildung, die Förderung und der Ausgleich von sozialen Benachteiligungen in den Grundschulen hängt nach dem Schulgesetz gegenwärtig davon ab: von der Finanzlage der Kommunen und der Einstellung eines Oberbürgermeisters. Bei unserem habe ich da keine Bedenken.

Es muss uns gelingen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Hartz IV-Spirale zu unterbrechen. Menschen mit schwierigen Rahmenbedingungen, selbst häufig ohne ausreichende Schulbildung und Arbeitsplatz, bekommen Kinder, die wieder ins gleiche Schema eintreten, da ihnen die äußeren Bildungsvoraussetzungen fehlen.

Hier stehen Schulen, vor allem die in sozial benachteiligten Stadtteilen, vor enormen Herausforderungen, die sie ohne qualifizierte Unterstützung nicht leisten können.

Einen wichtigen Beitrag können die Ganztagschulen leisten, die in sozialbelasteten Stadtteilen Pflicht sein müssen, um mit einem höheren Zeiteinsatz einen ganzheitlichen Bildungsansatz besser verwirklichen zu können. Es geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit. Kein Kind darf auf der Strecke bleiben, weil seine Eltern von Hartz IV leben müssen. Nur wenn wir diese Zusammenhänge unterbrechen, wird es uns gelingen, nachhaltig, liebe Kollegin Keul-Göbel, die Haushaltslage unserer Stadt zu verbessern. Es ist sowohl also eine ökonomische wie auch eine humanitäre Forderung, die Bedingungen an den Grundschulen der sozialen Situation von heute anzupassen.

Dies kann durch die Konzeptionsentwicklung und das Profil der Schulen erfolgen, aber auch durch den unverzichtbaren Einsatz - und das möchte ich an dieser Stelle nochmals betonen - von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, durch verbesserte Ausstattung im räumlichen wie technischen Bereich.

Wir reden von unserem Haushalt und wie wir die Rahmenbedingungen ändern können, die in unserer Stadt dazuführen werden - und da bin ich mir ganz sicher -, wenn wir da investieren, mittelfristig ein positiveres Haushaltsergebnis zu erzielen. Zunächst werden diese Maßnahmen die Finanzlage belasten, aber mittelfristig zu einer dauerhaften Entlastung des Haushaltes führen. Denn wir müssen erkennen, dass es sich lohnt, in die Kinder zu investieren. Das müssen wir erkennen. Und nur so werden wir die Sozialausgaben senken können, um die Betroffenen in ein freies und eigenständiges Leben zu entlassen.

Die Stadt Koblenz ist im Vergleich der rheinland-pfälzischen Städte schon Spitzenreiter bei der Unterstützung des Seniorenbeirates, des Jugendrates, bei der Unterstützung des Beirates für Migration und Integration. Werden wir es jetzt auch noch im Bereich der Bildung. Der Kämmerer und die betroffenen Menschen werden es uns in wenigen Jahren danken.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Rm Ackermann (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen):

„Sehr geehrte Damen und Herren,

meine Nachtragshaushaltsrede für das Jahr 2007 endete mit folgendem Wunsch:

„Ich wünsche mir, dass die Amtszeit von Herrn Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann die Überschrift trägt „Ein verantwortungsvoller Ökonom, der den Begriff Nachhaltigkeit inhaltlich umgesetzt hat, der sich keine Denkmäler gebaut hat und keine zusätzlichen Schulden hinterlässt.“

Also eins kann festgestellt werden: der alte OB hatte während seiner Amtszeit Nettoneuverschuldung null fast geschafft. Aber, aber, aber, dann hat er doch noch ein kleines Denkmal auf den Zentralplatz gebaut - noch nicht fertig, aber auf den Weg gebracht. Die Projekte, die er mit einer Mehrheit des Rates auf die Schienen gestellt hat, werden nun seinen

Nachfolger und uns im Rat finanziell überrollen. Wir haben damals an ökonomische Vernunft appelliert, wir haben vor den Folgen gewarnt - ohne Erfolg. Die Liste der Projekte ist lang und die rasante Fahrt in die Verschuldung ist nicht mehr abwendbar. Das Gespenst steigender Zinsen möchte ich nur am Rande erwähnen. Aber wenn die Zinsen steigen - wir haben 100 Millionen kurzfristig finanziert – „Hoch lebe die Hoffnung auf dauerhaft niedrige Zinsen“.

Meine Fraktion „Bündnis 90 / die Grünen“ hat den Hausentwurf 2010 abgelehnt und wird auch den Nachtragshaushalt 2010 ablehnen mit einer einfachen Begründung: Das gesetzliche Gebot des Haushaltsausgleichs wurde nicht beachtet.

Ein Blick in die Zukunft, Herr Oberbürgermeister, Sie haben keinen Hehl daraus gemacht, dass es nicht Ihr Haushalt ist. Deshalb nun einige Anmerkungen für den Haushalt 2011, Ihren ersten Haushalt, den Sie von Anfang an mit verantworten:

Die Doppik ist für manchen hier im Raum ein Reizwort geworden. Wir Grüne haben recht früh darauf hingewiesen, dass die Einführung eine Herkulesaufgabe ist und die Chance auf eine organisatorische Rundumerneuerung der Verwaltung und auch der Ratsarbeit angefasst werden muss. Diese Aufgabe liegt im Wesentlichen noch vor uns. Wir sind schlecht gestartet aus vielfältigen Gründen, aber wir müssen es vollenden.

Mit den Kennzahlen, die wir heute im Rat auf der Tagesordnung haben, gehen wir einen kleinen Schritt weiter. Die demographische Entwicklung ist in aller Munde und wenn die Einwohnerzahlen der Stadt Koblenz zurückgehen, dann darf der Personalbestand der Stadt Koblenz nicht mehr wachsen. Dieses Problem müssen wir mit einem Personalentwicklungskonzept angehen.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, viele der finanziellen Probleme, die wir in den nächsten Jahren lösen müssen, sind hausgemacht. Strukturelle Probleme, wie der Finanzausgleich zwischen Bund, Land und Kommune müssen über den Städtetag angegangen werden. Für die hausgemachten Probleme brauchen wir kreative Lösungen, keine Tabus und keine „heiligen Kühe“. Zum Beispiel, Herr Oberbürgermeister, Ihre Idee, Profis aus Koblenz aus der Privatwirtschaft zum Ideenaustausch einzuladen, geht in die richtige Richtung. Weiter so. Die BUGA verleiht uns Flügel.

Danke“

BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Haushaltsrede meines Ratskollegen und Stellvertreters Stephan Wefelscheid vom 19. Februar diesen Jahres wurden bereits alle maßgeblichen Kritikpunkte zum Haushalt 2010 genannt, die trotz verbesserter Einnahmenseite nach wie vor ihre Gültigkeit haben.

Ergänzend dazu möchte ich die Gelegenheit nutzen, für die BIZ-Fraktion folgende Stellungnahme zu dem vorgelegten Nachtragshaushalt abzugeben:

Zwar weist der Ergebnishaushalt mit „nur“ noch Minus 56,645 Millionen Euro glücklicherweise ein geringeres Defizit aus, als ursprünglich veranschlagt. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass wir nach wie vor weit über unseren Verhältnissen leben.

Ein unausgeglichener Ergebnis- und Finanzhaushalt wirkt sich erheblich auf die kommunale Aufgabenerfüllung aus!

So warnt der Städtetag vor steigenden Sozialkosten, die bei überschuldeten Kommunen zu großen Problemen führen!

Sozialabbau durch schuldenfinanzierte Prestigebauten darf es nicht geben!

Aber auch in Koblenz nimmt der Vermögensverzehr ungebremst zu und es ist abzusehen, wann das Eigenkapital vollständig aufgebraucht ist. Was das bedeutet, weiß jeder von uns.

Die Stadt Koblenz ist weiterhin gezwungen, ihre Liquidität in erheblichem Maße durch kurzfristige Kredite zu sichern. Dies mag heute während der aktuellen Zinsniedrigphase nicht besonders bedrohlich wirken, kann und wird jedoch bei steigenden Zinsen schnell zur Falle werden!

Bei einer laut Aussage des Oberbürgermeisters steigenden Verschuldung der Stadt von derzeit 400 Millionen Euro auf bis zu 800 Millionen Euro – wie man dies gerade so locker gehört bzw. gelesen hat - werden höhere Zinssätze eine dramatische Sprengkraft für den Haushalt entwickeln!

Hinzu kommt, dass der Teufelskreis der Tilgung von Investitionskrediten über die Aufnahme von Liquiditätskrediten die grundlegende Aufgabenerfüllung der Stadt Koblenz gefährdet. Es fehlt seit Jahren ein schlüssiges Gesamtkonzept, wie die zunehmenden Schulden jemals zurückgeführt werden sollen oder zumindest konsolidiert werden, weiß keiner.

Die Ausgabenpolitik der Stadt hat jedes Augenmaß verloren.

Wir haben zu viele Baustellen und zu wenig „Tankstellen“, wo Wertschöpfung entsteht, d.h. Einnahmen für die Stadt zu erwarten sind.

Die Großprojekte ziehen neben Zins- und Tilgungsleistungen trotz vorübergehender Fördergelder deutlich erhöhte Unterhalts- und Folgekosten nach sich. Man muss sich vorstellen, dass es schon heißt, der Kulturbau auf dem Zentralplatz verzehnfacht die Unterhalts- und Folgekosten der derzeitigen Kultureinrichtungen dieser Stadt, die an sich schon so verschuldet ist.

Unser neuer Oberbürgermeister, der seit Anfang 2009 kandidierte, Ende 2009 gewählt wurde und Anfang diesen Jahres ins Amt kam, hatte nach eigenen Aussagen genug Zeit, sich auf diese Aufgabe vorzubereiten.

In zahlreichen Interviews kündigte er an, die Schulden abzubauen, die Liquiditätskredite zurückzuführen und Prioritäten zu setzen. Er wollte grundsätzlich „alles auf den Prüfstand stellen“.

Im Juni diesen Jahres hat der Oberbürgermeister jedoch eine riesige Chance zur Konsolidierung des Haushalts vertan: er hätte das 95 Millionen Euro plus teure Prestigeobjekt des Kulturbaus stoppen müssen und können. Die ADD hatte schließlich den Weg dafür bereitet, in dem sie den Mietkauf für den Kulturbau ablehnte. Jederzeit war ein Ausstieg möglich.

Mit dem Ausstieg hätte ein dringend notwendiger Schritt zur Haushaltskonsolidierung von rund 95 Millionen Euro erzielt werden können. Anstelle des Vernunft-Ausstiegs hatte der Oberbürgermeister indes eilfertig neue Vertragsmodi ausgehandelt, die das Projekt nun doch möglich machen sollen, die Chance zu finanzpolitisch verantwortlichem Handeln hat er damit vertan!

Hier war die Angst vor „Imageverlust“ größer, als das Wohl der Stadt zu beachten!

Keine noch so harte Konsolidierungsmaßnahme wird die finanzielle Belastung durch das Zentralplatzprojekt auch nur ansatzweise auffangen, geschweige denn die bestehende Verschuldung zurückführen können.

Die ADD spart in ihrer Haushaltsverfügung zwar nicht mit Kritik an unserem Haushalt, lässt aber größere „Haushalts-Schäden“ wie den Zentralplatz zu, weil es die Landesregierung so will, die selbst mit 33 Milliarden Schulden ein „Sanierungsfall“ ist! Worauf sollen wir uns denn noch verlassen? Ein Hinweis darauf könnte sein, dass bisher eingeplante Landeszuweisungen für die BUGA nicht 2010, sondern 2011 kassenwirksam werden, also verspätet gezahlt werden vom Land und zu einer Krediterhöhung für die Stadt in Millionenhöhe führt.

Hier stellen sich die Fragen für Koblenz und die kommunale Selbstständigkeit:

Darf eine Landesregierung auf eine Kommune so viel Einfluss haben?

Hätte man hier nicht die Koblenzer direkt fragen sollen?

Hat nicht Stuttgart 21 gezeigt, dass die Menschen an solchen Entscheidungen direkt beteiligt werden wollen, dass sie es nicht mehr hinnehmen wollen, wenn Großprojekte an ihnen vorbei mit „geschätzten“ Zahlen durchgedrückt werden und immer teurer werden?

Ist nicht ECE direkt oder indirekt über eine Stiftung auch in Stuttgart involviert?

Auch hier in Koblenz wird die Kritik immer lauter. Viele Bürger stellen sich zunehmend die Frage nach mehr Bürgerbeteiligung und ihnen bleibt der Zusammenhang zwischen Stuttgart 21 und „Koblenz 21“ kaum verborgen.

Passen die Schlagzeilen wie „Mehr Partizipation der Bürger“, „Monopoly 21“, „Ende der Mogelei“, „Alle Fakten auf den Tisch“... u.s.w. nicht auch nach Koblenz? Die weitere Entwicklung am Zentralplatz wird es zeigen! Wir bleiben am Ball!

Warum erwähne ich Stuttgart 21 und das Zentralplatzprojekt hier in Koblenz? Weil es uns zu den Problemen des Nachtragshaushalts zurückführt:

In seinem Schreiben an die Ratsmitglieder vom 27.10.2010 rechnet der Oberbürgermeister aus den eingeplanten Verpflichtungsermächtigungen von 114 Millionen Euro allein für den Zentralplatz 88,733 Millionen Euro raus!

Neben sinnvollen und lange erwarteten Maßnahmen fast 70% der neuen Schulden für ein Prestigeobjekt, das sich Koblenz in keiner Weise leisten kann ausgegeben und dem wir auf keinen Fall zustimmen werden!

Wie bei allen öffentlichen Großprojekten ist auch hier eine millionenfache Verteuerung dieses Prestigebaus zu erwarten, die Folgekosten werden aus dem Ruder laufen und die Einnahmen weit unter den Erwartungen bleiben! Der politische Vertrauensschwund wird zunehmen!

Die BIZ-Fraktion hat schon allein bei den Haushalts-Beratungen Anfang des Jahres echte Zielvorgaben vorgeschlagen und ist bei dem ehemaligen Oberbürgermeister auf taube Ohren und völliges Unverständnis gestoßen.

Wir stehen jederzeit zu echten und zielführenden Beratungen für eine echte Haushaltskonsolidierung zur Verfügung, lehnen aber diesen Nachtragshaushalt ab, weil hier der Wille und die Bereitschaft, zu einer nachhaltigen und generationengerechten Haushaltsdisziplin völlig fehlt!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Rm Bordelle (FDP-Fraktion):

„Sehr geehrte Damen und Herren,

„Wenn Sie mich fragen, wird es höchste Zeit für einen grundlegenden Mentalitätswechsel in der kommunalen Haushaltspolitik der Stadt Koblenz!“ - Das war die Überschrift und die Worte der FDP-Fraktionsvorsitzenden Biggi Hoernchen zum Haushalt 2010, dessen Nachtrag wir heute beschließen sollen.

"Hier in Koblenz ist es höchste Zeit für eine Kurskorrektur. Ein intelligentes Sparkonzept muss herbei." Das sind die Worte des neuen Oberbürgermeisters am Montag vor einer Woche im Haupt- und Finanzausschuss.

Das klingt so, als ob mit dem Kurswechsel an der Spitze der Verwaltung auch ein Mentalitätswechsel in der Haushaltspolitik einkehren könnte. Es ist also noch Hoffnung da!

Die FDP-Stadtratsfraktion hat bei den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2010 keine eigenen Anträge gestellt. Wir haben keine Alibi-Vorschläge zum Sparen eingereicht. Wir haben ganz einfach gespart, in dem wir keine Vorschläge für zusätzliche Ausgaben gemacht haben.

Und

- wir haben bei unseren ersten Haushaltsberatungen gelernt.

Wir haben gelernt, dass es darum geht, wer wo was spart, wer wo etwas einbringt, und wer sich nach außen am besten präsentiert und für sein Klientel, seinen Stadtteil das Beste herausholt.

An Sparen im Sinne von weniger ausgeben wird bis heute bei den Haushaltsberatungen unserer Ansicht nach nicht wirklich gedacht.

Hinzu kam, dass mit der Einführung der Doppik der Haushalt in einer neuen, ungewohnten Form vorgelegt wurde und es hier unserer Ansicht nach noch an der notwendigen Transparenz der Zahlen gefehlt hat.

An dieser Stelle schaue ich mal in die Runde und frage, wer denn abgesehen von vielleicht 10/15 Ratsmitgliedern, wenn es dann so viele sind, nun anhand des erstmals in dieser Form vorgelegenen Zahlenwerks des Haushaltes wirklich den ganzen Überblick und Durchblick hatte?

Viele Produkte, und da war man sich ja im Haupt- und Finanzausschuss auch überwiegend einig, waren oftmals in einer Produktgruppe zusammengefasst und daher oft nicht auf den ersten Blick erkennbar bzw. gar nicht zu sehen. Es sei denn, man hatte, wie die erwähnten 10 bis 15 Ratsmitglieder den Durchblick und wusste, wo man ansetzen und suchen musste. Ich, ehrlich gesagt, gehörte noch nicht dazu.

Die FDP-Fraktion begrüßt daher ausdrücklich auch den heutigen Tagesordnungspunkt 9, da er diese Problematik aufgreift.

Die in dem Projekt „Einführung eines strategischen Ziel und Kennzahlensystems in der Stadt Koblenz“ vorgeschlagene Zielvereinbarung ist in unseren Augen Herausforderung und Chance zugleich. Sie kann, richtig interpretiert und umgesetzt zu einem besseren Verständnis und damit zu einem besseren Miteinander von Verwaltung und Rat führen. Sie kann - die Haushaltsberatungen der Zukunft wesentlich verbessern.

Wir werden das, in diesem Zusammenhang gemachte Angebot der Verwaltung, eine Schulung zu dieser Thematik durchzuführen, jedenfalls annehmen.

Aber deshalb haben wir den Haushalt ja dann auch nicht abgelehnt.

Wir haben abgelehnt, weil uns bewusst war, dass dieser Haushalt 2010 von der ADD abgelehnt werden würde.

Wir haben abgelehnt, weil dieser Haushalt nicht in Ordnung war.

Was dann in dem Begleitschreiben zum Haushalt von ADD in das Hausaufgabenheft der Stadt geschrieben wurde, zeigt, dass wir mit unserer Einschätzung richtig lagen.

Hier komme ich dann auf Vorwürfe aus der SPD, wir hätten uns bei den Haushaltsberatungen vornehm zurückgehalten.

Es kann, verehrte Kolleginnen und Kollegen, nicht Aufgabe der Ratsmitglieder sein, neben ihrem Beruf, dem der überwiegende Teil des Rates ja noch nachgeht, umfangreiche Sparvorschläge auszuarbeiten. Zumal unter der eben angeführten Problematik.

Dies ist Aufgabe der Fachleute in der Verwaltung.

Noch mal, Alibisparvorschläge sind nicht unsere Art und werden es auch zukünftig nicht werden.

Daher sind auch die Argumente der SPD im Zusammenhang mit unserem Antrag vom April „Arbeitskreis Schwarze Null“, die von uns an die Verwaltung gestellten Aufgaben seien zu zeit- und daher auch kostenintensiv, falsch. Es sind ja auch im eigentlichen Sinne keine zusätzlichen Aufgaben, denn es ist die originäre Aufgabe der Verwaltung, so sparsam wie möglich mit unser aller Steuergeld umzugehen!

Die Aufgabe des Rates ist, dies einzufordern, zu unterstützen und gegebenenfalls mit dem einen oder anderen Vorschlag zu begleiten. Und dies könnte in einem solchen Arbeitskreis geschehen.

Und jetzt sind wir auch bei dem eigentlichen Punkt. Es ist ja nicht die Verwaltung, sondern es ist der Stadtrat selbst, dem es an einem wirklichen Sparwillen fehlt.

Wir verbessern uns zwar im Nachtrag, aber wir haben noch immer ein nicht verantwortbares Defizit.

Dennoch ist niemand bereit, von seinen Ansprüchen oder den vermeintlichen Ansprüchen seiner Klientel abzugehen, egal, ob es zum Beispiel um das Schulessen geht, das meilenweit von der Kostendeckung entfernt ist, die Schülerbeförderung ab dem 2. statt ab dem 4. Kilometer gefördert wird, Ausstattungsfragen o. ä. mehr. Jeder im Rat braucht für seinen Stadtteil seine plakativen Investitionsmaßnahmen, alles ist "wichtig". Letztlich sollen dann die Einsparvorgaben auf dem Rücken des Personals ausgetragen werden. Dass dies nicht gerade für erheblichen Motivationsschub und Qualitätssteigerungen sorgt, ist meines Erachtens nur allzu verständlich.

Hier weisen wir dann auch noch mal erneut auf das Mitarbeitervorschlagswesen hin, das in diesem Zusammenhang verstärkt gefordert, gefördert und unterstützt werden muss.

Ja, das Geld des Steuerzahlers auszugeben, ist ja auch einfach.
„Wir nehmen Geld in die Hand“ und tun dies oder jenes, ist immer wieder zu hören.

Wessen Geld wird denn da in die Hand genommen?

Die Hand zu heben, weil es die erste Reihe ja auch tut, ist ja auch so einfach. Und dann wundert man sich, dass die Mitarbeiter der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei zusehen müssen, wie dies alles finanziert werden kann und hinten und vorne nicht klar kommen. Ein Beispiel für den fehlenden Sparwillen ist und bleibt hier für die FDP-Fraktion das Forum Mittelrhein, das beileibe kein Schnee von gestern ist, wie es sich der überwiegende Teil dieses Rates sicher wünscht. Dieses Thema ist und bleibt aktuell!

Hier frage ich mich immer noch, was sich gerade die jungen Ratsmitglieder, die hier zugestimmt haben, gedacht haben, als sie sich mit dieser Entscheidung ihrer eigenen Gestaltungsmöglichkeiten auf Jahrzehnte beraubt haben.

Verträge, die Sparen verhindern, aber Verteuerungen Tür und Tor öffnen, wurden hier von der Mehrheit des Rates abgesegnet und werden immer noch schön geredet.

„Wir zahlen ja nur 67 Millionen Euro,“ so Frau Lipinski-Naumann, „23 Millionen kommen ja als Zuschüsse.“

Nein, Frau Lipinski-Naumann, wir zahlen 90 Millionen €
23 Millionen €Landeszuschüsse sind auch unsere Steuergelder. Wir, die Steuerzahler stehen also für die gesamte Summe, für 90 Millionen € gerade und ich bezweifle stark, ob es bei diesen geplanten 90 Millionen €Baukosten bleibt. Im Übrigen, Zuschüsse sind wie so oft „Trojanische Pferde“, beinhalten sie doch immer die Kosten für den Beschenkten.

Ich will hier an dieser Stelle noch mal eins für alle deutlich machen. Alles in allem wird das Forum Mittelrhein in den nächsten 30 Jahren den städtischen Haushalt mit mindestens 200 Millionen Euro, wenn nicht eine viertel Milliarde € belasten. Die Kosten für

die nach dem Umzug leer stehenden Immobilien, die ja sämtlich unter Denkmalschutz stehen, lassen sich heute noch nicht beziffern und kommen ebenfalls noch dazu.

Regt man dann bei diesem Projekt Einsparungen an, um die Kosten wenigstens ein wenig zu senken bzw. Teuerungen zu kompensieren

- ich denke nämlich immer noch, dass es trotz bestehender Verträge und eventueller Vertragsstrafen möglich sein muss, wenigstens die Dachterrasse und den Panoramaaufzug einsparen zu können,

wenn man hier also sparen will – höre ich zum Beispiel von Ihnen Herrn Altmaier: „Wir bauen doch kein Forum mit goldenen Wasserhähnen.“

Herr Altmaier, es wäre besser, anstelle der Dachterrasse und des Panoramaaufzuges, goldene Wasserhähne einzubauen. Die könnte man nämlich zur Not wieder ausbauen und verkaufen. Bei den derzeit steigenden Edelmetallpreisen würden wir dabei dann sogar noch ein Geschäft machen.

Aber Spaß beiseite.

Die FDP-Fraktion wird hier am Ball bleiben und wird die Finger immer wieder in die Wunden legen.

Ich komme noch mal auf unseren Antrag vom April diesen Jahres zurück:

Unser Vorschlag Arbeitskreis „Schwarze Null“ - wir bestehen nicht auf diesen Namen - von der SPD abgelehnt, soll, so mehrheitlich dann doch hier im Rat beschlossen, in einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses beraten werden.

Wir, und da wende ich mich jetzt an Sie, Herr Oberbürgermeister, wir hoffen auf Sie und bauen darauf, dass Sie diesen Arbeitskreis ins Leben rufen werden, damit gemeinsam ein intelligentes Sparkonzept für unsere Stadt entwickelt werden kann!

Die Mehrarbeit und die Kosten, die Herr Lehmkühler so sehr dagegen ins Feld führt, werden sich, da bin ich mir sicher, bei gutem und festem Willen aller Fraktionen, wirklich nachhaltige Einsparungen herbeiführen zu wollen, in Euro und Cent widerspiegeln und lohnen.

Was fordern wir?

1. Es wird ein zeitlich nicht befristeter Arbeitskreis eingerichtet. Aufgabe soll es sein, kontinuierlich Sparmöglichkeiten zu erarbeiten.
2. Ziel ist, wie von Biggi Hoernchen in ihrer Rede zum Haushalt 2010 gefordert, die Einsparung von mittelfristig 25 Mio. Euro. Dieser Vorschlag wurde interessanterweise vor nur wenigen Monaten noch von der CDU-Fraktion abgelehnt. In der vergangenen Woche fordert sie jetzt im Haupt- und Finanzausschuss plötzlich 100 Millionen Euro – welch ein Sinneswandel. Wir sind dabei meine Damen und Herren der CDU! Wir sind aber auch gespannt, wann da die ersten von Ihnen, wenn es dann an das Eingemachte geht, kalte Füße bekommen.

Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, war der Beitrag der FDP-Fraktion bei der Aufstellung des Haushalts 2010. Aber das wollte und will offensichtlich die Mehrheit hier im Rat nicht.

Die von uns immer angeführte Tränenliste, dessen sind wir uns schon bewusst, kann nur Aufforderung und Anregung zum Nachdenken sein und wird von uns auch nur als solche verstanden. Aber man sollte sich trotzdem mal die Mühe machen, sie sich anschauen und auf sich wirken lassen. Vielleicht erkennt man dann, was passieren kann, wenn es so weitergeht, und wo es enden kann, nämlich in sehr harten Einschnitten.

Das Schönreden aus den Reihen der SPD, Koblenz steht doch immer noch besser da als vergleichbare Städte, führt in die falsche Richtung.

Denn ich höre ja schon wieder, dass es ja so schlimm nun auch nicht aussieht und dass das Haushaltsdefizit sich ja durch die zu erwartenden Steuermehreinnahmen erheblich verringern wird. Und ich sehe auch schon wieder, dass dies bei einigen hier im Rat schon wieder Begehrlichkeiten weckt.

Davor warne ich und zitiere gerade deshalb aus dem Protokoll der Ratssitzung vom 07. September 2010:

„Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig merkt an, er habe wiederholt erklärt, dass angesichts der Tatsache, dass er seit 01.05.2010 im Amt sei, sich sein Ehrgeiz, über den Nachtragshaushalt und die Kürzungen der ADD im laufenden Haushalt 2010 einzugreifen, in Grenzen halte. Ab dem Haushalt 2011, in dem er Verwaltungsseits als Kämmerer die volle Verantwortung trage, werde sein Ehrgeiz, zu nachhaltigen Konsolidierungsbemühungen zu kommen, steigen und da würden dann auch entsprechende Vorschläge seinerseits unterbreitet werden, die gewiss tiefer greifen müssten, als das Volumen, um das es vorliegend ginge.“

Den letzten Satz, Herr Oberbürgermeister, greifen wir gerne auf und wir versprechen Ihnen, wir werden an Ihrer Seite stehen und Ihre Konsolidierungsbemühungen mit allen Kräften unterstützen.

Heute aber müssen wir feststellen, dass der vorliegende Haushalt 2010 im Nachtrag nur um einige wenige Nuancen verbessert wurde. Von den, von der ADD geforderten mindestens 1 Mio. Euro an Einsparungen, wurden lediglich etwas über 50% erreicht.

Von den darin enthaltenen Einsparungen entfällt dabei allein die Hälfte auf den großen Posten „Streichung der Maßnahme Sanierung Promenade Peter-Altmeier-Ufer / Kornfortstraße / Balduinstraße.“ Da auch weitere Einsparungen nicht mehr als 170.000 € erbrachten, wurde ein Rest von 90.000 € mit Einnahmeverbesserungen zusammengebastelt. Das Feigenblatt des Haushaltes 2010 für die ADD war fertig.

Sparen also nur als Feigenblatt - als Alibi, nicht als Ziel.

Ziel muss es aber sein, wirkliche Einsparungen zu wollen und letztlich zu erzielen.

Wir versprechen, uns hier zukünftig stärker einzubringen und werden sicher an einem nicht mehr sparen

– an Einsparvorschlägen - .

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir, die FDP-Fraktion waren und sind uns unserer Verantwortung immer bewusst und es bedurfte daher auch keines Briefes von Ihnen, um uns dies zu verdeutlichen.

Im Gegenteil, dieser Brief, den man böswillig auch als Erpressungsversuch bezeichnen könnte, kam in unserer Fraktion gar nicht gut an und war daher auch unserer Diskussion und Entscheidungsfindung zum Nachtragshaushalt nicht gerade dienlich ja, hat diese nur unnötig gestört und erschwert.

Da aber letztlich, wie in vielen der letzten Sitzungen ihren Worten zu entnehmen war, offensichtlich ein großer Teil unserer Gedanken und Vorschläge auch in Ihre Überlegungen eingeflossen sind und diese, so unser Eindruck, bei den zukünftigen Beratungen der Haushalte eine Rolle spielen werden, haben wir uns, trotz vieler Bedenken dann doch dazu entschlossen, diesem Nachtragshaushalt quasi als Vertrauensvorschuss an Sie zuzustimmen.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Rm Baum (FBG-Fraktion):

„Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn der Nachtragshaushalt der Stadt Koblenz verabschiedet wird, richtet sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in ganz besonderer Weise auf den Stadtrat.

Das Augenmerk der Bürgerinnen und Bürger richtet sich sehr wohl auf die Finanzen der Stadt, spricht: „Wie wird mit ihrem Geld umgegangen!“ Aber sie wollen vor allem wissen, wie der Stadtrat die Zukunft der Stadt in den kommenden Jahren gestalten will.

Unsere Verantwortung ist es, wie wir unsere Stadt in eine Zukunft mit Lebensqualität führen und hierbei den Mensch in den Mittelpunkt stellen wollen.

Wir können uns dabei mit knappen Kassen nicht nur auf die Vermarktung des Wenigen, die Liquidierung städtischen Eigentums und Streichung sinnvoller, kommunaler Einrichtungen reduzieren.

Nein im Gegenteil, wir müssen neue Wege suchen, um aus der kommunalen Krise herauszufinden. Wir haben es sehr oft schon gehört, hierbei muss dem Wort „Einsparungen“ die Dämonisierung genommen werden und entsprechende Berücksichtigung finden.

Unser Alt-Bundespräsident Horst Köhler hat einmal gesagt:

„Sparsamkeit soll ein Ausdruck von Anstand werden!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

In einem Zitat von Samuel Schmid heißt es:

„Wer den Kopf in den Sand steckt, knirscht morgen mit den Zähnen!“

Wir Freie Wähler Koblenz (FBG) haben bezüglich des vorliegenden Entwurfs zum Nachtragshaushalt gehörig mit den Zähnen geknirscht.

Vor einem Jahr stand ich hier an gleicher Stelle und befürchtete ein Ausbluten unseres städtischen Haushaltes. Seit meiner Befürchtung – trotz der erfreulichen Entwicklung – hat die Blutung noch nicht aufgehört.

Wir haben dank erhöhter Steuereinnahmen zwar nur ein Defizit von rund 59 Millionen Euro zu erwarten, aber in dem uns vorliegenden und zu beschließenden Nachtragshaushalt sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 114 Mio. Euro eingeplant, 27 Mio. Euro mehr als zunächst geplant.

Das entlastet zwar in diesem Jahr unseren Haushalt, aber in den kommenden Jahren wird das Geld auf die Jahre verteilt und der Handlungsspielraum wird natürlich geringer.

Das Eigenkapital unserer Stadt ist seit der Eröffnungsbilanz vor 2 Jahren um sage und schreibe 120 Mio. Euro gefallen!

Wir Freie Wähler Koblenz (FBG) haben uns gefragt, ob denn alles, was jetzt vor allem von den beiden großen Fraktionen gefordert wird, auch unbedingt notwendig ist.

Sind alle Entscheidungen auch von der Verwaltung auf Nachhaltigkeit und Vernunft aus Sicht des Bürgers geprüft worden?

Wir sagen ganz deutlich, dass viele Ausgaben unnötig sind!

Als erstes Beispiel müssen wir uns einmal die Baumaßnahmen in unserer Stadt ansehen und uns fragen, warum wird alles das, was an Baumaßnahmen von der Verwaltung angepackt wird, immer teurer?

Dass es anders geht, zeigen uns die Unternehmen der freien Wirtschaft: Wenn ein Wirtschaftsunternehmen oder auch die Sparkasse Koblenz bauen, dann kommen diese Unternehmen immer mit einer Punktlandung hin, ja sie können meistens sogar noch ein paar Euro einsparen.

Hier, so denke ich, ist vor allem die Bauverwaltung gefordert!

Als zweites Beispiel möchte ich anführen, um einfach einmal deutlich zu machen, wo in Koblenz gespart werden kann. Stromversorgung für die Schiffe am Moselufer: Hier sind in den letzten Jahren Gelder in Höhe von 1 Mio. Euro verbaut worden.

Wir hatten die Hoffnung, dass die Verwaltung es möglich macht, dass die anlegenden Schiffe verpflichtet werden, an das öffentliche Stromnetz zu gehen.

Aber was können wir feststellen: in Viererreihen liegen die Fahrgastschiffe am Moselufer, kein Stromanschluss wird genutzt und die schweren Dieselmotoren verpesten in unvergleichlichem Maße die Luft unserer schönen Stadt. - Eine Million Euro in den Sand des Moselufers gesetzt!

Mein drittes Beispiel:

Der Kinderspielplatz am Moselufer – der vorhandene Kinderspielplatz soll für 120.000 Euro erneuert werden. An sich eine gute Idee, aber nach Ansicht der Freien Wähler wäre ein maßvoller Umgang mit den Steuergeldern hier notwendig gewesen und mit etwa einem Drittel dieser

Kosten wäre man ausgekommen, denn ein knappes halbes Jahr später nach der BUGA ist einen Steinwurf entfernt ein wunderbarer, neuer Kinderspielplatz entstanden!

Als viertes Beispiel möchte ich an dieser Stelle das Förderwesen unseres Staates anprangern. Das derzeitige Förderwesen zwingt oder verführt auch die Verantwortlichen von Koblenz dazu, Mittel anzufordern, weil eben gerade Haushaltstöpfe dafür da sind. Oftmals werden Finanzmittel nach dem Windhundprinzip vergeben: wer die Formalitäten am schnellsten erfüllt, bekommt die Gelder.

Das gilt für das von allen so hoch gepriesene Konjunkturpaket II. Das gilt aber auch für alle anderen Fördermaßnahmen.

Da soll z.B. in Bubenheim aus diesen Fördermaßnahmen zum Hochwasserschutz eine Flutmulde gebaut werden, die 3,6 Mio. Euro kostet.

40 % dieser Maßnahme muss die Stadt Koblenz schultern, allein 100.000 Euro sind im kommenden Jahr dafür vorgesehen.

Ja sie hören richtig, Hochwasserschutz in Bubenheim, wo weder Rhein noch Mosel vorbei fließen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass das kleine Rinnsal Bubenheimer Bach über die Ufer tritt, ist höchstens alle 200 Jahre zu erwarten, das letzte Mal war das im Jahre 1932.

Die Bubenheimer haben mit Sicherheit nichts dagegen, dass die Flutmulde gebaut wird. Aber muss das jetzt sei? Jetzt in den Haushalt gestellt werden? Dieses Geld, das hier verbraten wird, dass könnte wesentlich besser für die L127 neu gebraucht werden. Zudem gibt es zwischen Rübenach und Bubenheim ein großes Rückhaltebecken, das, richtig eingesetzt, die Flutkatastrophe in Bubenheim verhindern könnte.

Zudem muss man hier erwähnen, dass die Fördergelder auch immer zeitverzögert aus Mainz oder vom Bund kommen und die Stadt in Vorleistung treten muss. Sie haben es eben erwähnt, Herr Oberbürgermeister, die Kreditaufnahme wird dadurch natürlich wesentlich höher.

Meine Damen und Herren,

nach diesen einigen wenigen Beispielen, von denen sicherlich noch viele andere benannt werden könnten, muss sich der Koblenzer Bürger fragen, ob denn die Entscheidungen für die Verwendung ihrer Steuergelder immer richtig waren und ob sie vor allen Dingen auch in Zukunft immer sein werden.

Mein Appell an dieser Stelle nur:

Ein Weitermachen wie bisher, geht nicht mehr!

Ich kann nur sagen, dass diesem Nachtragshaushalt einige der Fraktion der Freien Wähler (FBG) nur mit knirschenden Zähnen zustimmen werden, ich persönlich werde mich enthalten.

Meine verehrten Damen und Herren, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig macht zum weiteren Prozedere darauf aufmerksam, der heutigen Sitzung des Stadtrates vorausgegangen sei eine sechsstündige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und dort seien die meisten Argumente sehr sorgsam von allen Ratsmitgliedern, die an den Vorberatungen teilgenommen hätten, abgewogen worden. Dies sei

auch der Grund, warum man sich im Ältestenrat dahingehend verständigt habe, dieses nun heute nicht in aller Öffentlichkeit zu wiederholen mit einem entsprechenden Zeitbedarf, der die unweigerliche Folge hätte, sondern stattdessen, nachdem alle Fraktionen in der Lage gewesen seien, noch einmal pointiert ihre Grundsatzpositionen und teilweise die Begründung dafür darzustellen. Im Übrigen werde dann in die Sachberatung der einzelnen Tagesordnungspunkte eingetreten. Das werde nun geschehen. Daher ruft er zunächst die Sachpunkte auf, die im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt stehen, wie eingangs bereits dargestellt:

Die Wortbeiträge sowie die Abstimmungsergebnisse wurden bei den jeweiligen Punkten protokolliert.

Beratungen zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

Im Anschluss an die Abstimmung verweist CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer auf den Antrag der CDU-Fraktion im Rahmen der Nachtragshaushaltsreden, alle für die kommenden Haushalte von der Verwaltung vorgegebenen Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Stadt nicht durch Verträge mit Dritten gebunden ist, werden pauschal um 10% gekürzt. Dies betreffe auch die vorliegende Maßnahme.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet um Konkretisierung des Antrages seitens der antragstellenden Fraktion.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer verdeutlicht, ihre Fraktion beantrage die in der Beschlussvorlage erwähnte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000 Euro um 10 % zu kürzen, was einem Betrag von 30.000 Euro entspräche.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann vertritt die Auffassung, der Stadtrat müsse zunächst einmal grundsätzlich über den Antrag der CDU-Fraktion diskutieren, wenn man jetzt pro Maßnahme /Tagesordnungspunkt die Angelegenheit auf den Tisch bekomme. Für sie sei das eine vorgetäuschte Sparmaßnahme, die an der Wirklichkeit vorbeigehe. Zudem verstehe sie diesen Antrag nicht in Gänze. Es gebe Verpflichtungsermächtigungen, um die haushaltslose Zeit zu überbrücken. Die Stadt Koblenz habe eine Verwaltung und sie müsse davon ausgehen, dass die Maßnahmen durch diese genau kalkuliert würden. Daher habe die SPD-Fraktion mit der pauschalen prozentualen Kürzung arge Probleme, weil eine 10%ige Kürzung zwei Wirkungen nach sich ziehe. Erstens müsste die gesamte, geplante Maßnahme, die bald umgesetzt werden solle, erneut geplant werden, was zur Konsequenz habe, dass man wieder bei A anfange, um dann zu einem Ergebnis von Minus 10 % zu kommen. Ob es überhaupt gelinge, die Maßnahme so umzusetzen sei die erste Frage. Zweitens benötige man dann keine Verpflichtungsermächtigung mehr, weil man warten könne, bis der nächste Haushalt genehmigt werde. Des Weiteren werde die Realität den Rat einholen, wenn die Ausschreibungen kämen und bei ordentlicher Vorplanung der Verwaltung die Ausschreibungsergebnisse die Verpflichtungsermächtigungen als fehlerhaft entlarvten. Dann würde sich der Rat wieder wundern, wie schlecht die Verwaltung kalkuliert habe, denn manche hätten die 10%ige Kürzung vergessen und dass die Maßnahme dementsprechende Ergebnisse zur Folge habe. Ob man die Verpflichtungsermächtigungen auf dem Papier kürze oder nicht, so werde doch das Ausschreibungsergebnis später die Realität sein. Die Verwaltung werde auch eine um 10% gekürzte Ausschreibung veranlassen können, allerdings mit dem Ergebnis, dass man über diesen Beträgen liegen würde. Sie finde diese Vorgehensweise sehr seltsam. Entweder habe man den Mut, die betreffende Maßnahme zu

streichen, um die Verpflichtungsermächtigungen in ihrer Summe zu reduzieren oder man sei der Meinung, dass alle Maßnahmen wichtig seien und daher wisse sie nicht, was der vorliegende Antrag bedeuten solle. Es werde ein Ausschreibungsergebnis geben und dies werde die Realität sein. Plus oder Minus 10 % sei dann auch wieder nur eine geplante Größe und die Realität werde ergeben, dass die Verwaltung bei ihren Vorplanungen meist eine Punktlandung erziele. Auch wenn es an der einen oder anderen Stelle wieder Ausschläge gebe. Wobei dies wahrscheinlich dadurch bedingt sei, dass der Markt sich immer wieder bewege. Daher könne die SPD-Fraktion dem Antrag auf eine pauschale 10%ige Kürzung nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag, denn sonst erfolge die Sachdebatte bei jedem einzelnen Tagesordnungspunkt. Er zitiert an dieser Stelle den nachfolgenden schriftlichen Änderungsantrag:

„Alle für die kommenden Haushalte von der Verwaltung vorgegebenen Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Stadt nicht durch Verträge mit Dritten gebunden ist, werden pauschal um 10 % gekürzt.

Verpflichtungsermächtigungen: 114 Mio. Euro

Kosten Kulturbau: - 68 Mio. Euro

46 Mio. Euro davon 10% = 4,6 Mio. Euro.“

Zum oben genannten Antrag macht Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig aufmerksam, dass er in seiner Spezifizierung zum Thema „Verpflichtungsermächtigungen“ die Hinweise gegeben habe, dass neben den im Antrag zitierten 68 Mio. Euro für den Kulturbau für die Umgestaltung des Zentralplatzes 4,1 Mio. Euro, für den Straßenausbau am Zentralplatz 5,1 Mio. Euro und somit insgesamt ca. 77,2 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt worden seien. Er habe ferner darauf aufmerksam gemacht, dass im Zuge der Nachtragshaushaltsplanaufstellung für die Umgestaltung des Zentralplatzes weitere 500.000 Euro beschlossen und für den Straßenausbau am Zentralplatz nach Ermittlung der erforderlichen Ansätze zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von 11 Mio. Euro vorgesehen seien. Damit entfalle vom Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf den Komplex „Zentralplatz“ ein Teilbetrag von Präzise 88.733.546 Euro. Wenn es im Sinne des Antragstellers sei, den Komplex Zentralplatz im Zuge des Antrage nicht mit einzubeziehen, müsse sich der Antragsteller zunächst einmal überlegen, ob es einen Sinn ergebe, es nur auf den Teilbereich des Kulturbaus zu beziehen oder ob es nicht sehr viel sachgerechter sei, den Gesamtkomplex Zentralplatz im Auge zu behalten, weil man bei den anderen genannten Kosten keinen politischen Gestaltungsbereich im Lichte dessen habe, was man bereits im Stadtrat beschlossen habe, realisieren zu wollen. Dieses Problem müsse der Antragsteller klären.

Das zweite Problem sei, dass, wenn seine Argumentation zutreffend sei, der Antragsteller eigentlich den Gesamtkomplex Zentralplatz ausnehmen wollte, dann bliebe ein Delta von 26 Mio. Euro (114 Mio. minus 88 Mio.). Demzufolge wäre die fragliche Streitsumme 2,6 Mio. Euro. Hierbei ergebe sich nun das zweite Problem: Wenn der Antragsteller sich in diese Richtung bewegen würde und es eine Mehrheit gäbe für den Antrag im Stadtrat, dann stelle sich die Frage, wie man als Verwaltung mit einem entsprechenden Beschluss umzugehen habe. Diese Frage könne er im Vorwege beantworten. Da es natürlich so sei, dass man nur die Verpflichtungsermächtigungen angemeldet habe, die mit entsprechenden Kostenkalkulationen unterlegt seien, hätte dieses zur Folge, wenn der Stadtrat diesen Beschluss fasste, man in der nächsten Sitzung des Stadtrates sich mit der Frage beschäftigen müsste, welche der in der Eingangsrede genannten Maßnahmen unter den obwaltenden Umständen zu entfallen habe, um die 2,6 Mio. Euro zu decken. Denn er könne die einzelnen Projekte nicht zur Hälfte realisieren; es

sei denn, es handle sich um Dinge, die man in Baustufen umwandeln könnte und dann zunächst nur den ersten Bauabschnitt durchführe und auf den Rest verzichte. Diese Variante sei auch denkbar. Darauf wolle er ehrlicherweise hinweisen. Wenn der Antragsteller also heute nicht beziffern wolle, welche der Projekte aus seiner Liste entfallen sollten, sondern dabei bleibe, dass er es pauschal geregelt haben wolle, würde er damit so umgehen müssen, wie gerade geschildert. Im Stadtvorstand werde man einen Beschluss fassen, welche Maßnahmen aus seiner Liste nicht zu verfolgen seien, sondern zurückgestellt würden, bis man einen ordentlichen Haushalt 2011 habe. Das sei zunächst der Sachverhalt. Er bittet den Antragsteller, präzise zu erläutern, was Gegenstand der Beratung sei und worüber er abstimmen lassen solle.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer erklärt, die Diskussion der CDU-Fraktion sei dahingehend erfolgt, dass man gesagt habe, alles was vertraglich geregelt sei – dies sei nur der Kulturbau – solle nicht angetastet werden. Während dessen seien die Straßenausbaumaßnahmen immer geschätzte Summen. Bei den geschätzten Summen erlebe man immer Abweichungen noch oben oder unten. Alleine wegen der Wahrheit und Klarheit habe sich die CDU-Fraktion darauf verständigt, alle geschätzten Zahlen um die 10% kürzen zu wollen. Während dessen die anderen Maßnahmen nicht dem Grunde nach, sondern der Höhe nach in Frage gestellt würden. Es gebe keine Maßnahme, die man nicht wolle. Aber man sei der Meinung, man wolle der Verwaltung ein entsprechendes Budget zur Verfügung stellen und diesbezüglich sei es der Ansatz gewesen, pauschal darauf mit 10 % Kürzungen zu reagieren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig deutet den Redebeitrag der CDU-Fraktionsvorsitzenden dahingehend, dass der schriftlich eingereichte Antrag unverändert zur Abstimmung gestellt werden sollte.

Rm Ackermann (Bündnis 90 / Die Grünen) merkt an, er verstehe den Sparwillen, aber er könne diesem Sparansatz nicht folgen, denn die Reduzierung von Verpflichtungsermächtigungen führe nicht zum sparen. Es handle sich um Kostenschätzungen und es habe überhaupt keinen Einfluss darauf, ob niedrigere Kosten entstünden, denn dies stelle sich erst später bei der Ausschreibung heraus. Den theoretischen Ansatz habe er nicht verstanden.

Rm Baum (FBG) stellt fest, er verstehe den Antrag ebenfalls nicht, denn es ginge hier um eine Grundsatzentscheidung für alle kommenden Haushalte. Hier sei eine Spezifizierung notwendig.

Frau Brockmann-Kneip (Amt 20) verdeutlicht, die Formulierung „kommende Haushalte“ beziehe sich darauf, dass die Verpflichtungsermächtigungen ihre Kassenwirksamkeit in 2011, 2012 und 2013 entfalten würden. Die pauschale Kürzung bringe aber in der Sache nicht wirklich weiter. Wenn sie sich z.B. die Sporthalle auf dem Asterstein für 6,6 Mio. Euro ansehe, dann frage sie sich, ob man tatsächlich 600.000 Euro herauslösen könne. Das Gießkannenprinzip führe nicht weiter. Man habe aber Ende Januar die Etatberatungen für den Haushalt 2011, in denen jede einzelne Maßnahme, für die jetzt im Vorfeld Verpflichtungsermächtigungen eingestellt würden, mit ihrer Kassenwirksamkeit auf dem Prüfstand stünde. Dann wäre es doch für alle Beteiligten besser, im Rahmen dieser Beratungen in die Einzeldiskussion zu gehen, ob man bestimmte Projekte wirklich brauche, um dann auch vielleicht der Verwaltung die Chance zu geben, bis dahin nachzurechnen, ob es eventuell Einsparpotenziale gebe. Die heute beschlossene Verpflichtungsermächtigung verursache noch keine Kosten. Insofern spare man auch nicht, wenn sie gestrichen werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ergänzt zur Vermeidung von Missverständnissen, nachdem der Antragsteller geklärt habe, dass es kein Redaktionsversehen sei, dass man im Hinblick auf das, was rund um den Zentralplatz eingebracht worden sei, es sich nur um den Kulturbau handle und nicht um die anderen zuvor bezifferten Maßnahmen im Umfeld, wolle er zur Vermeidung von Überraschungen für den Fall, dass es zu einer Mehrheit für den Antrag käme, den Hinweis geben, dass er sich im Stadtvorstand massiv dafür entsetzen werde, sich dieser Differenzierung beim Zentralplatz zwischen Kulturbau und den übrigen Projekten im Umfeld – insbesondere dem Straßenbau – nicht anzuschließen. Denn defacto habe dies zur Folge, dass man bei Realisierung der anderen Projekte, die rund um den Zentralplatz anstünden, warten müsste, bis man einen ordentlichen Haushalt 2011 habe. Dann habe dies zur Folge, dass die Bauabwicklung erheblich ins strudeln komme hinsichtlich des Zeitablaufes. Dies, so glaube er, wäre für die Realisierung des Projektes und die der verkehrlichen Bedingungen für die nächste Zeit nicht gut. Es würde ihm auch sehr schwer fallen, im Einzelnen zu prüfen, welche der übrigen Maßnahmen „Straßenbau im Umfeld des Zentralplatzes“ unmittelbare Folge oder Gegenstand der vertraglichen Bindung und was nur logische Folge sei. Diese Unterscheidung würde ihm außerordentlich schwer fallen. Weil dem so sei, würde er mit einem entsprechenden Beschluss des Stadtrates so umgehen, wie zuvor erläutert. Er lasse überhaupt keinen Zweifel daran, dass er in der genannten Größenordnung von 4,6 Mio. Euro Projekte aussuchen würde, nachdem er sich die Kalkulationsgrundlagen erneut angesehen und festgestellt habe, ob eine Bildung von Teilabschnitten möglich sei, um dann bestimmte Projekte auf eine Schiene zu setzen, deren Realisierung erst mit der Beschlussfassung zum ordentlichen Haushalt 2011 einherginge. Dies müsse jeder wissen, der diesen Antrag in vorliegender Form haben wolle. Es gehöre zu seiner Verpflichtung, gegenüber dem Stadtrat auf denkbare Konsequenzen aufmerksam zu machen, damit jeder genau wisse, welche Folgen damit verbunden wären. Ansonsten stünde es selbstverständlich frei, es selbst zu bewerten, ob man es so haben wolle.

Rm Keul-Göbel (CDU) nimmt Bezug auf die Übertragung von Aufgaben des Amtes 65/Hochbauamt bezüglich der Schulen auf die Koblenzer Wohnbau. Hier könne man feststellen, dass seit diesem Zeitpunkt die Ausschreibungsergebnisse anders ausfallen würden. Man habe jedes Jahr finanzielle Reserven und könne mehr bzw. zum Teil andere Maßnahmen durchführen, als ursprünglich geplant. Genauso sehe man diese Möglichkeit im städtischen Haushalt. Der Rat stelle die Verpflichtungsermächtigungen großzügig ein auf Grund von großzügigen Berechnungen und selbst mit diesen Beträgen komme die Verwaltung nicht aus. Die CDU-Fraktion wolle an den Sparwillen der Verwaltung appellieren, die Ausschreibungen so zu formulieren, dass tatsächlich diese Einsparungen möglich seien. Man die Auffassung, dass die 10%igen Einsparungen tatsächlich möglich seien. Zu behaupten, dass alles nur auf Ausschreibungsergebnissen beruhe, sei richtig, aber diese Ergebnisse beruhten auf der Ausschreibung selbst und hier müsse man ein Augenmerk darauf richten, wie man Geld einsparen könne. Dies sei das Ansinnen des Antrages. Und dazu rufe man die Verwaltung auf.

Beigeordneter Prümm erwidert zu den Ausführungen der Vorrednerin, dass Modellhaus am Peter-Altmeier-Ufer sei vom Hochbauamt seinerzeit mit realistischen Zahlen geschätzt worden. Umgesetzt und gebaut worden sei es später mit 30 % mehr Kosten, als seinerzeit vom Fachamt auf den Weg gebracht.

Zu den Schätzungen, die mit Verpflichtungsermächtigungen untermauert worden seien, führt Beigeordneter Prümm aus, der 1. Bauabschnitt Baugebiet „Südliches Güls“ werde den Ratsmitgliedern im Fachbereichsausschuss IV mit genau gerechneten Kosten von 980.000 Euro dargestellt werden. Alle anderen Rechenbeispiele mit 10%igen Kürzungen machten für ihn

keinen Sinn. Ansonsten müsse die Verwaltung sagen, es stünden nur entsprechende Verpflichtungsermächtigungen zur Verfügung und man brauche daher die Auftragsvergabe nicht weiter zu betreiben.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer hält den Ausführungen des Baudezernenten entgegen, wenn in der Vergangenheit die Ansätze nicht ausgereicht hätten, sei der Rat meist bereit gewesen, Gelder nach zu bewilligen.

Sie merkt weiter an, die CDU-Fraktion wolle nicht die Umgestaltung des Zentralplatzes mit den Straßenausbaumaßnahmen verhindern, sondern man sage einfach, der Betrag der Verpflichtungsermächtigungen solle um 10 % reduziert werden. Diesbezüglich hoffe sie, dass dies nicht falsch gesehen werde. Weiterhin solle der Zentralplatz umgestaltet werden. Hierzu gebe es gar keine Diskussion. Die Frage sei vielmehr, ob nicht günstigere Ausschreibungsergebnisse erzielt werden könnten. Wenn diese höher lägen, sei die CDU-Fraktion durchaus bereit, über den Plan hinaus dem Rechnung zu Tragen. Es stehe keine Absicht dahinter, etwas zu verhindern.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig betont, das Problem bestehe darin, dass man Ausschreibungen durchführen müsse und für diese Verfahren gebe es Kostenkalkulationen. Wenn man nun eine Ausschreibung in dem Wissen anstoßen würde, dass das Ergebnis der Ausschreibung nach den eigenen Kalkulationen höher sein werde, als das, was man nun als hypothetische Sparvorlage beschlossen habe, sei man in der Situation, dass man den Auftrag nicht ohne weiteres zurücknehmen könne, weil man dann eine Vergabeverpflichtung habe. Das Problem bestehe nur darin, dass die Verwaltung nicht ausschreiben könne auf Grund einer Basis, die von der fachkundigen Vorbereitung von vorneherein als unrealistisch betrachtet werde. In jedem Falle könne man nicht dadurch gegensteuern, dass man sage, es müsse billiger werden. Also habe es zur Folge, dass die Verwaltung die Projekte nicht ausschreibe, für die es keine Haushaltsdeckung gebe. Wenn er dies täte, würde er sich schuldig machen.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer weist darauf hin, der Stadtrat habe das Budgetrecht und es sei der Verwaltung unbenommen, die Situation dann vorzutragen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bestätigt, der Rat habe das Budgetrecht und er als Oberbürgermeister habe die Verpflichtung, sich nach dem Gesetz zu verhalten. Wenn er also etwas ausschreibe, für das er eine Verpflichtungsermächtigung habe, die geringer sei, als das, was der eigenen Kostenkalkulation entspreche, habe man keine Deckung für das, was ausgeschrieben werde. Dies könne er nicht verantworten. Demzufolge täte er dies nicht. Es könne nicht nach der Devise gehen, versuche zu sparen, aber ohne genau zu sagen wo. Er müsste dann sagen, auf welche konkreten Maßnahmen verzichtet werde oder bei welchen Projekten er realistische Annahmen dafür habe, dass man überschätzt hätte. Aber er sehe dies eben nicht und demzufolge müsse er sich so verhalten, wie er dies dargelegt habe.

Im Anschluss an die Diskussion stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den nachfolgenden Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung:

„Alle für die kommenden Haushalte von der Verwaltung vorgegebenen Verpflichtungsermächtigungen, bei denen die Stadt nicht durch Verträge mit Dritten gebunden ist, werden pauschal um 10 % gekürzt.

Verpflichtungsermächtigungen:	114 Mio. Euro
Kosten Kulturbau:	<u>- 68 Mio. Euro</u>

46 Mio. Euro davon 10% = 4,6 Mio. Euro.“

Der Stadtrat lehnt den Antrag bei 19 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen mehrheitlich ab.

Nachdem keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig den Nachtragshaushalt zur Abstimmung.

Es folgt eine Pause von 17.55 Uhr bis 18.10 Uhr.